

Berlin denkt neu nach

Merkel will morgen nicht mit leeren Händen

zum Flucht-Sondergipfel nach Brüssel fahren

Berlin. Auf das Entsetzen folgte ein rapider Sinneswandel: Berlin denkt vor dem europäischen Sondergipfel über einen Kurswechsel in der EU-Flüchtlingspolitik nach. Dazu gehört eine Neuverteilung von Asyl-Kontingenten in Europa – und mehr Hilfe.

Von Frank Lindscheid
und Arnold Petersen

Der EU-Kommissionspräsident nahm gestern die EU-Partner in die Pflicht. „Der Status quo ist keine Option mehr. Die gesamte EU hat die moralische und humanitäre Verpflichtung, zu handeln“, erklärte Jean-Claude Juncker. Diese Einsicht setzte sich nach anfänglich abwartenden Reaktionen auch in Berlin durch. Die Kanzlerin will nicht mit leeren Händen zum Flucht-Sondergipfel nach Brüssel fahren, bei dem die Staats- und Regierungschefs voraussichtlich einen Zehn-Punkte-Plan beschließen werden. Ein Element wird der Ausbau der Seenotrettung sein.

Als Erst-Maßnahme soll eine Verdoppelung der Mittel für die EU-Programme Triton und Poseidon auf den Weg gebracht werden. Damit sollen deutlich mehr Schiffe eingesetzt werden.

Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen forderte gestern allerdings eine neue Rettungsmission. Die jetzigen Operationen im bisherigen Rahmen auszuweiten sei kein guter Ansatz, weil die Frontex auf Grenzschutz ausgerichtet sei und bisher Flüchtlinge zurückgewiesen habe. An einer neuen Mission könnte sich auch die Deutsche Marine beteiligen, erklärte die Kielerin Luise Amtsberg. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte einen Ausbau der Rettung noch Mitte der vergangenen Woche schroff abgelehnt. Da waren bis zu 400 Menschen vor der libyschen Küste ertrunken.

„Das wäre Beihilfe für das Schlepper-Unwesen“, erklärte der CDU-Minister damals. Jetzt will sich die Bundesregierung einer Neuauflage der ausgelaufenen italienischen Rettungsaktion Mare Nostrum nicht verschließen. Der Ausbau der Seenotrettung sei aber „kein Allheilmittel“ und könne immer nur ein Baustein sein, hieß es. Notwendig ein ganzes Maßnahmenbündel, ein übergreifender Politikan-satz, um die tödliche Massenflicht zu verhindern. Dazu gehört auch ein verstärkter Kampf gegen Schlepperorganisationen, wobei sich alle klar sind, dass der Verfolgung in nordafrikanischen Staaten Grenzen gesetzt sind. Mit jedem vollgestopften Flüchtlingsschiff verdienen gut organisierte Schlepperbanden Millionen. Dabei nehmen sie den Tod von Flüchtlingen in Kauf.

Als weiteres Element nennt Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) ein Austrocknen der Fluchtursachen durch Stabilisierung der Herkunftsländer. Dass dies extrem schwierig bis unmöglich ist und sich ein Erfolg, wenn überhaupt, frühestens nach Jahren einstellt, weiß aber auch die Bundesregierung.

Überlegungen, eine „legale“ Zureise über Sammelcamps im EU-Ausland zu ermöglichen, gelten schon rechtlich als wenig praktikabel. Und zudem sind etwa viele nordafrikanische Staaten extrem instabil. Die Flüchtlingsorganisation „Pro Asyl“ sprach von einer „Geisterdebatte“.

In Libyen etwa, von wo aus die Flüchtlingsboote aufs Meer geschickt werden, gibt es keine staatlichen Strukturen mehr. Unterschiedliche Stämme und Strömungen bekämpfen sich seit der Beseitigung von Diktator Gaddafi durch eine internationale Militäroperation. Das Land droht zu zerfallen, es herrscht „totale Anarchie“, heißt es im Auswärtigen Amt. Auch dem seit Jahren tobende Bürgerkrieg in Syrien, der bislang zehn Millionen Menschen heimatlos gemacht hat, steht die EU hilf-

los gegenüber. Ein Rezept, den von Armut und Krieg ausgezehrten Fluchtländern Somalia, Äthiopien und Eritrea aus der Krise zu helfen, gibt es ebenfalls nicht.

Auf dem Brüsseler Gipfel wird letztlich die Lastenteilung und die Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Staaten im Mittelpunkt stehen. Die Bundesregierung hofft auf ein Umdenken in jenen Ländern, die bisher nur wenig Migranten aufnehmen. „Deutschland wird weiterhin einen großen Anteil zu leisten versuchen,

was die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen angeht“, sagte der für Europa-

fragen zuständige Staatsminister Michael Roth (SPD). „Aber es wäre schon gut, wenn alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zu leisten bereit wären.“

2014 wurden in Deutschland mehr als 200 000 Asylbewerber registriert (bezogen auf Europa waren das 32 Prozent), mehr als 81 000 in Schweden (13 Prozent), 64 600 in Italien (zehn) und 62 800 in Frankreich (zehn). Die Grünen schlugen vor, die Verteilung künftig stärker an wirtschaftlicher Stärke und der Bevölkerungszahl auszurichten.